

Demokraten betreiben Fehlersuche – Demos gegen designierten Präsidenten



Im ganzen Land (Bild: Las Vegas) gingen vor allem junge Menschen auf die Straße, um gegen den siegreichen Kandidaten Donald Trump zu demonstrieren.

Ursachenforschung für die bittere Niederlage

Im Wahlkampf mussten alle hinter Hillary Clinton stehen. Nun suchen die Demokraten nach den Gründen für die Niederlage gegen Donald Trump – und das wird ein schmerzvoller Prozess mit Konfliktpotenzial.

Frank Herrmann aus Washington

Worte der Kritik an Hillary Clinton hat sich Elizabeth Warren lange verkniffen. Im Wahlkampf kam für sie nichts anderes infrage, als die Reihen zu schließen, um den Einzug Donald Trumps ins Weiße Haus zu verhindern. Ergo hat sich die Senatorin aus Massachusetts aufgerieben, mehr als einmal ist sie gemeinsam mit der Kandidatin auf Wahlkampfbühnen gestanden, hat sich die Kehle heiser geschrien, um gegen den populistischen Unternehmer zu polemisieren. Obwohl Warren den linken Flügel der Demokratischen Partei repräsentiert, während Clinton für den zentristischen steht, schien es für ein paar Wochen so, als passte kein Blatt zwischen die beiden. Das wird sich ändern.

Die Harvard-Juristin, die lange vor der Finanzkrise die Casino-Mentalität der Wall-Street-Banken kritisierte, könnte eine entscheidende Rolle spielen, wenn die Demokraten nach der schockierenden Niederlage einen Neuanfang suchen. Womöglich führt Warren den Dirigentenstab im Duett mit Bernie Sanders, Clintons härtestem Rivalen im Ringen um die Kandidatur.

Die Partei steht vor einem Scherbenhaufen. Nicht nur dass sie das Weiße Haus nach acht Jahren an die Republikaner verlor;



Abgang einer Gescheiterten: Hillary Clinton

Foto: Reuters / Carlos Barria

auch im Kongress bleibt sie in beiden Kammern in der Minderheit. In den 50 Bundesstaaten stellt sie nur noch 15 Gouverneure, halb so viele wie nach Barack Obamas Triumph im Herbst 2008. Und schließlich zeichnet sich auch am Supreme Court eine konservative Mehrheit ab (siehe Seite 3).

Wirkt der eklatante Machtverlust zunächst wie ein Schock, wird er schon bald zu einer intensiven Strategiedebatte in den Reihen der Demokraten führen. Es werde, orakelt Joe Trippi, einer der alten Hasen unter den Politikern Washingtons, ein mit al-

ler Härte geführter Richtungsstreit entbrennen. Auf lange Sicht sei das gesund für eine Partei, die ihre Seele finden müsse, aber in den nächsten Jahren werde es schmerzhaft sein, sagt Trippi.

Im Kern geht es darum, Lehren zu ziehen aus dem Umstand, dass es einem Milliardär aus Manhattan gelungen ist, sich zum Sprecher der kleinen Leute in der Provinz zu machen; zum Champion von Leuten, die ihre Interessen traditionell eher von den Demokraten vertreten sahen, nicht von den Republikanern.

Was sich daran geändert hat, dazu hat der Politikwissenschaftler Thomas Frank ein kluges Buch geschrieben: *Listen, Liberal*. Aus Sicht der demokratischen Prominenz, doziert er darin, sei jedes große ökonomische Problem in Wahrheit ein Bildungsproblem: Die Verlierer hätten zu lernen versäumt, was man in der Gesellschaft der Zukunft brauche. Woll-

ten die Armen einen Weg aus der Armut finden, müssten sie nach dieser Logik eben auf ein College gehen. „Aber natürlich ist das keine Antwort, vielmehr ist es ein moralisches Urteil – herabgereicht von den Erfolgreichen vom schönen Aussichtspunkt ihres eigenen Erfolges“, schreibt Frank. Wann immer die „Klasse der Qualifizierten“ dem Milieu der Benachteiligten sage, dass es mehr Bildung brauche, sage sie im Grunde nur: Die wachsende soziale Ungleichheit sei kein Systemversagen, „sie ist euer eigenes Versagen“.

„Selbsternannte Rockstars“

Ähnlich sieht es Michael Gecan, Kodirektor der Industrial Areas Foundation, eines Netzwerks lokaler Sozialarbeiter und Glaubensgruppen. Die Demokratische Partei, spitzt er es in einem Essay zu, werde mittlerweile von Wall Street und Silicon Valley, der Banken- und Hightech-Elite und

ihren akademischen Fürsprechern beherrscht. Ihre Helden seien Finanzgurus, Computerkünstler, Sportler, kurzum, „selbsternannte Rockstars“. „Wenn sie wieder relevant werden will, muss sie sich der großen Mehrheit von Amerikanern verschreiben, die keine Rockstars sind“, rät Gecan.

Noch im Juni, als das Rennen um die Kandidatur zu Clintons Gunsten eigentlich gelaufen war, hatten Sanders' treueste Anhänger gehofft, das Blatt auf dem Nominierungsparteitag im Juli noch handstreichartig wenden zu können. Ihr Argument: Bei einem Kräfteressen mit Trump habe der Senator aus Vermont bessere Chancen als Clinton, weil er sich – ähnlich wie Trump, aber im Ton anständiger, in der Sache konkreter – der Sorgen der wirtschaftlich Abgehängten annehme. Auch der Streit des Sommers, so viel scheint sicher, wird noch einmal in voller Schärfe aufleben.

Obama beginnt mit Amtsübergabe an seinen Nachfolger

Proteste gegen Trump in mehreren US-Städten – Rechte Netzplattform Breitbart will auch nach Europa

Ein freundlichen und einen nicht so freundlichen Empfang gab es für Donald Trump zwei Tage nach seiner Wahl zum künftigen US-Präsidenten. Während in der Nacht auf Donnerstag in zahlreichen US-Städten Menschen gegen ihn demonstrieren, empfing ihn am Donnerstagvormittag Barack Obama zu einem ersten Gespräch im Weißen Haus.

Das Treffen dauerte mit eineinhalb Stunden viel länger als ursprünglich veranschlagt, danach lobte Trump Obama als „good man“. Obama nannte es seine Priorität, dafür zu sorgen, dass der gewählte Präsident erfolgreich sein wird. Trump sprach von „Ehre“ und dass er auf „viele, viele weitere“ Treffen hoffe. Das erste sei „weniger merkwürdig, als manche erwartet haben“ verlaufen, hieß es aus dem Weißen Haus.

In Austin, Seattle, Phoenix, Los Angeles, New York und Oakland gingen derweil je mehrere Tausend jener Amerikaner auf die Straße, die sich gar keine derartige Übergabe gewünscht hatten. „Nicht mein Präsident“ und „Keine Unterstützung für Rassismus“ stand auf

den Schildern, die Demonstranten in den großen, mehrheitlich demokratischen Städten in die Höhe hielten. Auch in Boston, Philadelphia und Portland versammelten sich Gegner Trumps, für Donnerstagabend waren neue Proteste, etwa in Los Angeles und San Francisco, geplant. Während der Großteil der Demonstrationen friedlich blieb, gab es an einigen Orten auch kleinere Auseinandersetzungen. In Oakland setzten Demonstranten ein Porträt von Trump in Brand und schlugen Schaufenster ein.

Personalkarussell

Trump begann unterdessen mit der Suche nach den wichtigsten Mitarbeitern. So gelten laut Onlineportal *Politico* der Chef des republikanischen Nationalkomitees (RNC) und De-facto-Parteichef Reince Priebus und der Gouverneur von New Jersey, Chris Christie, als Favoriten für den Stabschefposten im Weißen Haus. Als Favorit für das Amt des Justizministers gilt der frühere New Yorker Bürgermeister Rudy Giuliani. Als möglicher Finanzminister soll der Chef von JP Morgan, Jamie Di-

mon, bereits kontaktiert worden sein, aber auch der einstige Goldman-Sachs-Banker Steven Mnuchin wird genannt. Auch Milliardärinvestor Carl Icahn könnte in die Regierung kommen. Er pries am Donnerstag Trumps Pläne für die Deregulierung der Wall Street und den vorgesehenen Abschied vom Klimaschutz (siehe Seite 6).

Auch in Sachen Außenpolitik hat Trump am Donnerstag erste Schritte gesetzt. Südkoreas Präsidentin Park Geun-hye berichtete in heimischen Medien von einem Telefongespräch mit Trump. Dieser habe angekündigt, in der Frage der Verteidigung Südkoreas und Japans gegen „die Instabilität in Nordkorea“ nicht „zu schwanken“. Die ostasiatischen Verbündeten Washingtons hatten befürchtet, Trump könnte die militärische Unterstützung zurückfahren. Dies hatte er während der Wahlkampagne angekündigt und den beiden Regierungen geraten, sich selbst zur Abschreckung nukleare Waffen zu beschaffen. Russlands Vize-Außenminister Sergej Rjabkow bestätigte am Donnerstag einen Bericht der *Washington*

Post, wonach Mitglieder der russischen Regierung in Kontakt mit Trumps Wahlkampagne gestanden seien.

Unter dem Eindruck des Sieges hat die US-Nachrichtenorganisation Breitbart derweil angekündigt, nach Europa zu expandieren. Schon bisher betreibt die rechte und antiliberalen Gruppe von Trump-Berater Steve Bannon Büros in London und Washington. Diese sollen in Zukunft durch Niederlassungen in Deutschland und in Frankreich verstärkt werden.

Trump selbst war in der Kampagne auch durch feindselige Äußerungen und Schikanen gegenüber Journalisten aufgefallen, die ihn kritisiert hatten. Die Journalistenorganisation Reporter ohne Grenzen forderte ihn auf, sich nun zum Schutz der Pressefreiheit zu bekennen.

Ein Richter hat indes vorerst einen Antrag Trumps zurückgewiesen, dass Aussagen aus seinem Wahlkampf in einem Betrugsprozess seine gescheiterte Trump University betreffend verwendet werden dürfen. (mesc, red)

Kopf des Tages, Kommentar Seite 32